

# Volksstimme

Einzelpreis 60 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Druhl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbein, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher-Nr. 1151; für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 111.

Wagners Preis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36,90 Mark, monatlich 12,30 Mark. — Einzelpreis 60 Pf. — Die besprochenen Sonntagshefte 2,50 Mark, auswärts 3,50 Mark, im Heftmetzellei 9,00 Mark, auswärts 13,00 Mark. Bestellschein Seite 2.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto, Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 62.

Magdeburg, Dienstag den 14. März 1922.

33. Jahrgang.

## Streite im englischen Weltreich.

In England erfolgte am 11. März die große Aus-sperrung in der Metallindustrie. Zu den zwei Millionen Arbeitslosen wird sich eine neue Arbeitslosen-armee von etwa einer Million Mann gesellen.

Die Ursache der Aussperrung ist in dem Verlangen der Arbeitgeber zu suchen, im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch künftig Ueberstunden ohne vorherige Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft anzusetzen zu dürfen. Zu dem Lohnabbau, der mit sinkender Konjunktur und fallenden Preisen ebenfalls vorgenommen wird, gefolgt sich ein zweiter Angriff auf die sozialen Sicherungen des Arbeiters.

Was Wunder, daß die Metallarbeiter sich dem nicht ohne weiteres aussetzen wollten. Sie lehnten die Vorschläge der Arbeitgeber ab, erklärten sich aber bereit, über die Frage in Verhandlungen zu treten, wenn bei dieser Gelegenheit auch Wünsche der Arbeiterschaft auf anderen Gebieten zur Diskussion gestellt würden. Die Arbeitgeber gingen nicht darauf ein. Wenn sie so rasch mit dem letzten Mittel der Aussperrung bei der Hand waten, so darf man daraus den Schluß ziehen, daß ihnen der Konflikt nicht unangelegen kommt und daß sie bei der Aussperrung nicht übel zu fahren hoffen.

Auch in diesem „Streik der Arbeitgeber“ haben wir eine jener Folgeerscheinungen der englischen Wirtschaftskrise zu erblicken, deren Ursache zum großen Teil in dem längst als Bahn erkannten Reparationsystem zu suchen ist, um dessen grundlegende Veränderung sich der englische Finanzminister Robert Horne vor den vereinigten Finanzministern der Entente in Paris bemüht.

Für Europa beachtenswert ist auch der Generalstreik in der Minenindustrie Südafrikas, der nach den letzten Nachrichten zu einem Generalstreik sämtlicher Arbeiter im Randminengebiet geführt zu haben scheint. Nicht wegen der stürmischen Formen, die er annimmt, nicht wegen der Kämpfe, die Südafrika durch-toben sollen. Derartige Sensationsberichte pflegen in Südafrika regelmäßig die von der Regierung unterstützte Be-gleitmusik zu den materiellen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sein; ein System, das die englische Regierung in dem großen, drei Monate lang wäh-render Streik der Bergarbeiter im Frühjahr und Früh-jommer vorigen Jahres mit weniger gutem Erfolg nachzu-ahmen versuchte. In Südafrika handelt es sich darum, die Sandbevölkerung gehörig gegen die Arbeiterschaft aufzu-peitschen, um die für die Auffüllung der Kolonisations-gesellschaft benötigten Biffen Freiwilliger aus dem Nachwuchs des Landes auf die Beine zu bringen.

Wichtiger als diese Kampfmethode ist die Vorgeschichte des Streikes. Die Ursache ist auch hier die industrielle Krise. Um den Zusammenbruch einer Anzahl von Minen zu verhüten, wurde von den Industriellen ein Spar-samkeitsprogramm vorgelegt, das vorschlug, die Zahl der schwarzen Arbeiter zungunsten der weißen zu ver-mehren, das Kontraktsystem zu revidieren und die Löhne herabzusetzen. Ob sich der Hauptwiderstand der Ar-beiter bei den darauf einsetzenden Verhandlungen auf den Lohnabbau bezog, ist uns nicht bekannt; jedenfalls erregte der Vorschlag, die Verhältnisnummer zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern zungunsten der kaffrikanischen weißen herabzusetzen, eine ungeheure Erbitterung, die man nur ver- stehen kann, wenn man berücksichtigt, daß der Gegensatz zwischen schwarz und weiß in Südafrika ebenso leidenschaftlich ist wie in den Vereinigten Staaten, oder wie der Gegen-satz zwischen gelb und weiß in Australien. Es spielen dort Rassenfragen eine große Rolle.

Der Ministerpräsident von Südafrika, General Smuts, der sich während der Reichskonferenz der engli-schen Kolonien in London durch seine vermittelnde Haltung auszeichnete und dem das Verdienst gebührt, in der Zeit der größten Spannung eine Verständigung zwischen Eng-land und Irland angebahnt zu haben, nahm die Ver-mittlung in die Hand. Sei es nun, daß man es ihm in Arbeiterkreisen noch nicht vergessen hat, daß er im Jahre 1914 gegen die streikenden Bergarbeiter ein Heer von 60 000 berittenen Buren ins Feld führte, sei es, daß der von ihm bereits monatelang vorher vertretene Grundatz, die südafrikanische Industrie könne nur durch eine erhebliche Lohn-herabsetzung gerettet werden, mit Mißtrauen erfüllte, oder mochten die Gegenätze zwischen beiden Parteien zu groß sein, jedenfalls schlug der Vermittlungsversuch fehl und der Streik brach aus.

Als die Situation unangenehm zu werden begann, trat der Ministerpräsident im Auftrag der Regierung an die Minenarbeiter mit dem Ersuchen heran, im Interesse der Gesamtbevölkerung wenigstens die lebenswichtigen Kraftstationen zu versorgen. Die Streikleitung war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, nur stellte sie ihrerseits das Verlangen, daß die für diese Zwecke benötigte Kohlenförde-rung nur durch die streikende Arbeiterschaft in die Wege ge-leitet würde und daß die Streikleitung über die Verteilung und die Kontrolle der verteilten Kohlen zu verfügen habe. Dieses Ansinnen lehnten Regierung und Unternehmer ge-meinsam ab.

So weit waren die Dinge bis Mitte Januar geblieben. Die Zahl der Streikenden überstieg zunächst nicht 25 000 und man hörte nicht sehr viel über das hartnäckige Ringen. Die Proklamation des Generalstreiks auch in anderen Betrieben deutet nunmehr darauf hin, daß in dem Streik Veränder-ungen eingetreten sind, über deren Wesen und Ursache unterrichtet zu werden, auch Europa dringendes Inter-esse hat.

Denn sowohl der Generalstreik in Südafrika wie die Aussperrung in England sind Erscheinungen derselben Art. Der Not, die das Diktat von Versailles nach einem Kriege von halb fünf Jahren durch die Fortsetzung dieses Krieges über die Welt gebracht hat. Beide Erscheinungen werden die englischen Staatsmänner veranlassen, der verblendeten fran-zösischen Machtpolitik, härteren Widerstand entgegenzu-setzen. Der amerikanische Vorstoß, von dem an anderer Stelle gesprochen wird, liegt schon in dieser Linie. Bis Genua wird man darüber noch weiteres vernehmen. —

### Hermes antwortet.

Die unabhängige Reichstagsfraktion hat dem Reichs-tanzler in einem Briefe, den unsere Leser kennen, Mitteilung von dem Material gemacht, das gegen den neuernannten Reichsfinanzminister vorliegt und das sie nachgeprüft hat. Wirth hat sich daraufhin an Hermes mit der Frage gewandt, was er auf die Beschuldigungen zu antworten habe. Her-mes hat nur dies zu sagen:

Zu dem mir von Ihnen mitgeteilten, an Sie gerichteten Schreiben der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. vom 10. d. M. beehre ich mich, Ihnen nachstehendes zu unterbreiten:

Wenn in der Gegenüberstellung der Punkte 1 und 3 zu Punkt 2 (Nun.: Punkt 1 und 3 des Schreibens der U. S. P. D. betrafen die Weinlieferungen, Punkt 2 die Zuderbeliefe-rung des Wingerverbandes) in dem genannten Schreiben die Verdächtigung eines Mißbrauchs ausgesprochen werden soll, so muß ich diese Verdächtigung — wie ich dies bereits in der gestern vor meiner Ernennung zum Reichsfinanz-minister mit Ihnen gepflogenen Unterredung getan habe — mit aller Entschiedenheit als jeder Grundlage entbehrend zurückweisen. Ich habe Ihnen schon vorgestern mitgeteilt, daß ich wegen einer betriebligen in der „Freiheit“ enthaltenen Verteilung Strafantrag gestellt habe. Das bevor-stehende Gerichtsurteil wird vollständige Aufklärung über alle in Betracht kommenden Punkte bringen; ich habe alle erforderlichen Schritte unternommen, um eine beschleunigte Durchführung des Verfahrens zu erreichen.

Auch die beschleunigte Durchführung des Verfahrens dauert viel zu lange. Deshalb hat sich der Unter-suchungsausschuß des Reichstags sofort der Sache bemächtigt. Dieser Ausschuß war eingesetzt, um die früheren Vorwürfe gegen Hermes klarzustellen. Es han-delte sich um die Umbuchung der Kosten für das Auto, das sich Hermes besorgt hat. Es ist festgestellt worden, daß diese Umbuchung vorgenommen worden ist. Nachdem dies am Sonnabend festgestellt worden war, ging der Ausschuß sofort zur Klarstellung der neuesten Vorwürfe über. Er ver-langte die Vorlegung der gesamten Korrespondenz in der Weinangelegenheit.

Staatssekretär Dr. Huber teilte mit, daß der Minister die Briefe noch nicht gefunden hätte. Darauf beschloß der Ausschuß auf Antrag des Abgeordneten Dr. Levi, tele-graphisch vom Oberpräsidenten in Koblenz die Beschlag-nahme der Originalunterlagen in Trier herbeizu-führen. Gegenüber diesem Beschluß wies Herr Dr. Huber auf die Unmöglichkeit hin, welche damit in der Leichtigkeit entstehen müßte und gab zu bedenken, daß es sich hierbei teilweise um reine Privatkorrespondenz handle. Demnach blieb der Ausschuß auf seinem Beschluß bestehen, diese Unterlagen telegraphisch in Koblenz anzufordern. Abgeordneter Herr ver-langt außerdem die eideschwörene Vernehmung der Zeugen Ministerialamtmann Barner, des ehemaligen Referenten im Reichsfinanzministerium Engelke sowie des in der Presse genannten Regierungsrats Jaffe oder Matthe.

Es wird also Dampf gemacht. Und es kann schnelle Arbeit gemacht werden. Denn die bisher bekannt gewor-denen Tatsachen werden von Hermes nicht bestritten. Er be-kennt sich lediglich den Zusammenhang zwischen den bei-den Weinlieferungen, an denen er zirka 15 000 Mark gespart hat, und der Zuderzuweisung an den Trierischen Wingerverband. Das Bestreiten ist leicht, ein Nachweis wahrscheinlich unmöglich. Aber für die Bewertung durch den Ausschuß und die Öffentlichkeit spielt diese innere kau-sale Verbindung gar keine Rolle. Es genügt vollauf, daß der Minister Geschenke angenommen hat, was er nicht be-strittet.

Die Antwort, die Hermes gibt, schließt daher seine Verurteilung in sich. Er selbst hat keine Verbindung zwi-schen Nehmen und Geben gesehen oder empfunden, aber der Wingerverband wird wohl anders kalkuliert haben. Oder hat er die 300 Flaschen Wein für den Spottpreis von drei Papiermark die Flasche an Hermes nur deshalb geschickt, weil ihm die Augen des über Zuderlieferungen entscheidenden Ministers so arg gefallen? —

### Streit um Menne beigelegt.

Am Sonnabend vormittag verhandelte der geschäftsführende Ausschuß der Verhandlungskommission der Spitzenverbände mit dem Reichsfinanzminister Hermes und später mit der Reichskanzlei über die Fortführung der unterbrochenen Besoldungsverhandlung. Die Gewerkschaftsvertreter legten gegen die Ablehnung eines Mitglieds der Verhandlungskommission noch einmal Verwahrung ein. Im Laufe der Verhandlungen wurden verschiedene Vorschläge zur Beilegung des Konflikts gemacht, von denen schließlich einer in der Verhandlungskommission zur Annahme gelangte.

Danach werden die weiteren Verhandlungen aus dem Reichs-finanzministerium in die Reichskanzlei verlegt, aber mit Rücksicht auf die notwendige schnelle Erledigung der Neuordnung der Be-soldungsverhältnisse, der bereits zu Beginn der Verhandlungen am Freitag von den Gewerkschaften bestimmte zwölfgliedrige Ausschuß mit der Weiterführung der Verhandlung beauftragt. Auf dieser Basis sind die Verhandlungen am Sonnabend wieder aufgenommen worden.

Der Streit scheint demnach aus der Welt geschafft worden zu sein, indem man einen schon gewählten Ausschuß — dem Menne offenbar nicht angehörte — mit der Weiterführung der Verhandlungen beauftragte.

Bis zum Abend war keine Einigung zu erzielen. Der letzte Vorschlag der Regierung will den unteren und mittleren Besol-dungsgruppen ein Mehr von 5 000 Mark jährlich ge-währen. Die Gewerkschaften wollen dies Angebot, das noch weit hinter ihren Forderungen zurückbleibt, nicht annehmen. —

### Vorbereitung.

Auf der Frankfurter Konferenz der Inter-nationales 2 und 2½ war man übereingekommen, eine wei-tere Konferenz einzuberufen, zu welcher auch die dritte Internationale (Moskau) eingeladen werden sollte.

Nach einer nun vorliegenden Mitteilung hat Kade einen Beschluß des Exekutivkomitees der Moskauer Inter-nationale übermittelt, die die Bereitwilligkeit zur Teil-nahme an einer gemeinsamen Konferenz aller Arbeiter-parteien enthält. Das Bureau der Wiener Arbeitergemein-schaft (Internationale 2½) hat daraufhin den Vorschlag ge-macht, eine vorbereitende Besprechung der drei Internationalen am 25. März in Berlin stattfinden zu lassen. Ob es bei diesem Datum bleibt, hängt von der Zustimmung der drei Exekutivkomitees ab.

Der Erfolg dieses ersten Versuchs, die in drei Haupt-lager gespaltene Arbeiterschaft wenigstens auf bestimmten Gebieten zu vereintem Schlagen zu bewegen, hängt ganz ab von dem Verhalten der Kommunisten. Sie sind sich untereinander noch nicht darüber einig, welchen Zweck sie einer solchen gemeinsamen Konferenz unterlegen sollen. Während die einen offenbar annehmen, die Konferenz könnte vor den Wagen der russischen Außenpolitik gespannt werden, sind die anderen — unter Führung von Kade — der Mei-nung, man müsse die Konferenz als eine günstige Gelegen-heit benutzen, um „näher an die Massen der unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter“ im Sinne der weiteren Spaltung heranzukommen.

Die Londoner (zweite) Internationale ist gerüstet, um allen Versuchen, die Konferenz zu mißbrauchen, energisch



entgegenzutreten. Es wäre natürlich außerordentlich bedauerlich, wenn die Konferenz zu praktischer Arbeit deshalb nicht käme, weil die Teilnehmer in ständigem Mißtrauen sich gegenüberstehen. Die deutschen Kommunisten haben leider jetzt schon sehr viel Grund zu Mißtrauen gegeben, als sie ganz offen ankündigten, daß sie in der Konferenz nur eine Gelegenheit sehen, um Sozialdemokraten und Unabhängige zu „entfarben“. Wir hoffen trotz allem, daß auch in den Reihen der Kommunisten die Leute die Ueberhand gewinnen, denen das Gesamtinteresse des Proletariats höher steht als die kleinliche Agitationsjucht.

### Der Gläubiger droht.

In Paris tagten die Finanzminister der Alliierten, um sich zu verständigen über die Verteilung der Summen, die bisher aus Deutschland herausgepreßt werden konnten, und auch über die, welche noch erzwungen werden sollen. Amerika war auf dieser Konferenz nicht offiziell vertreten, es hatte nur einen *Correspondent* geschickt.

Als die alliierten Finanzminister am Sonnabend ihr Programm fertig und die deutschen Milliarden unter sich verteilt hatten, erhob sich der amerikanische Bevollmächtigte und gab folgende Erklärung ab:

Sich erhielt heute morgen aus Washington eine Kabeldepesche, in der mir die Meinung erteilt wurde, die Erklärung abzugeben, daß die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee bis zum 1. Mai 1921 etwa 231 Millionen Dollar betragen. Die alliierten Regierungen, Großbritannien vielleicht ausgenommen, erhielten bis zum 1. Mai 1921 die militärischen Ausgaben vollständig zurückerstattet, und wahrscheinlich werden auch die Kosten der englischen Besatzungsarmee durch die gegenwärtig bestehenden Abmachungen vollständig gedeckt werden. Die amerikanische Regierung rechnet damit, daß die vollständige Bezahlung ihrer Besatzungskosten wenigstens bis zum 1. Mai 1921 erfolgt, ehe noch irgendein Anteil an den deutschen Zahlungen für Reparationen oder sonstige Zwecke verwendet wird. Was die laufenden Kosten anbelangt, so habe ich Meinung erhalten zu erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten deren volle Bezahlung fordern wird. Falls sie in dieser Hinsicht eine Zustimmung über die Zahlung erhalten sollte, liegen weiter keine Schwierigkeiten vor, um wegen der Zahlungen fristen Abmachungen zu treffen.

Diese Erklärung warf die Finanzminister, die sich schon freuen, fertig zu sein, von den Stühlen herunter. Es entstand eine allgemeine Verwirrung. Als drohender Gläubiger stand plötzlich Amerika da und machte die Säbelkropfer durch seine Zwischenbemerkung darauf aufmerksam, daß Amerika die entscheidende Rolle spielt in der Welt.

Das ist der zweite Stoß, den Amerika den Säbelkropfern der Entente gibt. Der erste war die Abgabe Amerikas für Genoa. Abgabe deshalb, weil auf Betreiben Frankreichs nicht die wichtigsten Fragen in Genoa behandelt werden sollten, nämlich des Verfallens Diktat und die Reparationen. Jetzt beim zweiten Anlauf sagt Amerika: „Wenn ich genau so fordern will auf Heller und Pfennig wie ihr, dann bleibt für euch überhaupt nichts mehr übrig.“ 231 Millionen Dollar sind über 900 Millionen, also fast eine Milliarde, Goldmark. Ohne Zinsen und nur bis zum 1. Mai 1921. Dabei ist Frankreich der Schuldner Amerikas. Wenn dieses nur die rückständigen Zinsen verlangen würde, so wäre Frankreich finanziell erledigt.

Damit die Konferenz der Finanzminister nicht zwecklos verläuft, wurde beschlossen, das schon vorher beschlossene Programm zu verwirklichen und nur den Vorbehalt zu machen, „wenn Amerika keine Einwände erhebt“. Aber Amerika erhebt ja Einwände, die Konferenz ist also resultatlos erledigt.

Der Gläubiger hat gedroht und den französischen Imperialisten gezeigt, daß sie nicht das letzte Wort über das arme Europa zu sprechen haben.

### Ueberbesteuerung der kleinsten Einkommen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist derjenige Steuerpflichtige dessen Einkommen im Kalenderjahr 1921 aus Arbeitseinkommen unter 24 000 Mk. bestand, zur Abgabe einer Steuererklärung nur dann verpflichtet, wenn ihm von seinem Finanzamt ein Formular zuoertheilt worden ist. Nach § 49 Ziffer 1 können solche Steuerpflichtige Veranlagung beantragen, wenn der Unterschied zwischen dem einbehaltenen Betrag und dem auf die Veranlagung zu erhebenden Betrag 15 Mk. übersteigt. Jedem Arbeitnehmer mit Einkommen unter 24 000 Mk. ist zu raten, Veranlagung zu beantragen.

Einige Beispiele mögen diese Notwendigkeit erläutern:  
Ein verheirateter Angestellter: Jahreseinkommen 19 220.— Mk.  
durch Steuermarken entrichtete Steuer . . . . . 1 104,70 Mk.  
Die Berechnung der Steuer ist folgende:  
10 Prozent vom auf volle 100 nach unten abgerundeten Jahreseinkommen . . . . . 1 920 Mk.  
davon ab:  
1. für sich . . . . . 120 Mk.  
2. für seine Ehefrau . . . . . 120 „  
3. Werbungskosten . . . . . 180 „ 420 Mk.  
1 500 Mk.

Von dem so errechneten Betrag werden für das Steuerjahr nur 75 Prozent, also 1125 Mk., erhoben. Er hat gezahlt 1196,70 Mk., so daß zurückzurufen wären 69,70 Mk. Diesen Zweck gezahlten Betrag kann der Angestellte nur dadurch zurückerhalten, daß er besondere Veranlagung beantragt.

Welcher Steuerpflichtige weiß, daß er für 1921 zuviel Steuern entrichtet hat? Das obige Beispiel nicht vereinzelt besteht, mögen die folgenden beweisen:

Ein Arbeiter (verheiratet), ein Kind, Jahreseinkommen 14 637 Mk., durch Steuermarken entrichtete Steuer 695,30 Mk. Die Berechnung der Steuer ist folgende:  
10 Prozent vom auf volle 100 nach unten abgerundeten Jahreseinkommen . . . . . 1 465.— Mk.  
davon ab:  
1. für sich . . . . . 120 Mk.  
2. für seine Ehefrau . . . . . 120 „  
3. für sein Kind . . . . . 180 „  
4. Werbungskosten . . . . . 180 „ 600 — Mk.  
865 — Mk.

Von dem so errechneten Betrag 75 Prozent, das sind 648,75 Mk., mithin in diesem Falle zu erhalten 157,60 Mk.

Ein Arbeiter (verheiratet), Jahreseinkommen 14 251 Mk., davon zu entrichtende Steuer 1 420 Mk.; frei sind 420 Mk. Die für 1921 zu zahlende Steuer beträgt 75 Prozent von 1000 Mk., das sind 750 Mk. Dem Arbeiter wären also zu erhalten 209,50 Mk.

Diese Beispiele, aus dem täglichen Leben gegriffen, lassen sich beliebig vermehren.

Da der Termin zur Steuerbeantragung am 15. März, abläuft ist Ueberbestimmung der geringsten Einkommen nur dadurch unmöglich zu machen, daß für alle Arbeitnehmer mit Einkommen unter 24 000 Mk. eine besondere Frist neu festgesetzt wird.

### Vollzähligkeit!

Durch die Obstruktion der Kommunisten wurde in den Freitagssitzungen des Reichstags die Beschlußfassung über das Frankfurter Wahlgesetz unmöglich gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten mit der Obstruktion auch in der kommenden Woche bei der Beratung der Steuergeetze fortfahren.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden deshalb gebeten, in der kommenden Woche vollzählig zu den Sitzungen zu erscheinen und sich für keinerlei Verhinderung zu verantworten.

### Gehalte der Rassenangeestellten.

Im Preussischen Landtag wurde am Sonnabend ein deutschnationaler Antrag gegen die Sozialisierung von Handwerk und Gewerbe, die Neuregelung der Gewerbe- und Betriebssteuern und des öffentlichen Verbindungswesens, Aufbau der staatlichen Regiebetriebe und Förderung der Ausstellung von Lehrungsarbeiten beraten.

Hg. Meyer (Mheine, Soz.) tritt für die Sozialisierung des Handwerks ein. Das Interesse der Millionen Arbeiter sei wichtiger als das der paar hunderttausend Handwerker. Der Antrag wurde dem Ausschuss überwiesen.

Es folgen sozialdemokratische Anträge auf Aufhebung des Erlasses des Wohlfahrtsministers, durch den für die Gehalte der Rassenangeestellten

bestimmt worden ist, daß sie sich nach der Beamtenbesoldung zu richten haben.

Hg. Bod (Unabh. Soz.): Da die Rassenangeestellten dem Betriebsratsgesetz unterliegen, kann man sie nicht ohne weiteres unter das Beamtenrecht stellen. Ein Gutachten des Reichsjustizministers besagt ausdrücklich, daß diese Verordnung des Wohlfahrtsministers auf die Angestellten keine Anwendung finden kann. Wir beantragen Ueberweisung unseres Antrags an den Hauptausschuß.

Hg. Säulisch (Soz.): Unser Antrag ist bereits am 14. Juli vorigen Jahres gestellt und kommt erst heute zur Verhandlung. Der Erlass des früheren Wohlfahrtsministers ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Es ist zu prüfen, wie weit diese Verordnung noch aufrechtzuerhalten werden kann. Herr Stegerwald hat versprochen, die Oberversicherungsämter anzumessen, den Krankenkassen keine Schwierigkeiten zu machen. Die Oberversicherungsämter haben sich aber danach gar nicht gerichtet. Man sollte doch endlich aufhören, den Krankenkassen Schwierigkeiten zu machen, zumal man ihnen heute alle möglichen Lasten aufpackt.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums erklärt, daß es sich nicht um eine Verletzung, sondern um eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts handle. Wenn die Oberversicherungsämter die Angelegenheiten teilweise nicht zur Zufriedenheit erledigen, so habe das seine Hauptursache in sachlichen Schwierigkeiten. Ueber die Beschwerde gegen den Erlass wird das Landeschiedsgericht entscheiden.

Die Anträge gehen an den Hauptausschuß.

Hg. Dr. Meyer (Dtpreussen, Komm.) begründet einen Antrag, 20 Millionen Mark zur Linderung der Hungernot in Rußland

zu bewilligen. Die Mittel sollen gewonnen werden durch Streichung eines gleich großen Postens für die Schupo, speziell für das Spitzelwesen. Die Privatwohlfahrtigkeit genügt nicht zur Abwehr der russischen Katastrophe. Das kapitalistische Deutschland ist maßgebend an diesem Zustand. Deutschland treibt gegenüber Rußland eine unehrliche Politik und befindet sich im Schlepptau der englischen Politik.

Hg. Krüger (Poissdam, Soz.): Wenn wir dafür eintreten, daß den Hungernden geholfen werden soll, so heißt das nicht, daß wir die hochschwermütlichen Methoden anerkennen. Wir haben bereits im vorigen Jahre grundsätzlich durch einen Beschluß des Landtags eine Unterstützung zugesagt. Wir beantragen, den neuen Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen, weil er in der vorliegenden Form für uns unannehmbar ist und weil wir der Auffassung sind, daß die Kommunisten diese Form nicht ohne Absicht gewählt haben. Vom Staate zur Verfügung gestellte Mittel müssen

unter unparteiischer Kontrolle

verteilt werden. Die Kommunisten werden doch nicht behaupten wollen, daß die Bewilligung der 20 Millionen von der Streichung eines entsprechenden Postens vom Etat der Schupo abhängig gemacht wird! Ueber die Durchführung eines anders formulierten Antrags werden wir uns im Hauptausschuß unterhalten.

Hg. Dr. Fassbender (Ztr.): Viel richtiger wäre es, die freie Liebesaktivität aufzurufen, als Staatsmittel in Anspruch zu nehmen. Die demagogische Verknüpfung mit der Streichung der Beträge für die Schupo lehnen wir ab.

Auf Antrag der Unabhängigen wird die Weiterberatung mit den Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalen auf Montag vertagt.

### Kleines Feuilleton.

#### Offener Brief an die Theaterintendant.

Es hatten uns eine Aufführung angekündigt, Herr Intendant, und wir hatten diesen ungewöhnlichen Ereignis mit Spannung entgegengeesehen. Ja, wir hatten den Namen Ray Halbe nicht besonders عزیز گاهes vertraut — die letzten Worte hatten uns jedoch gewandt gegen diesen recht fröhlichen Theaterintendanten — aber jetzt die allerschreckendsten Erwartungen wurden durch die Kenntnis, die am Sonnabend in Szene ging, bitter enttäuscht. Eine „Grafische“ nennt sich dieses heutige Repertoire, mit dem der Herr Intendant eine gewisse Bekanntheit erlangt haben mag. Ein Künstler kommt herein vor mit einer Sängerin und großer Beizung zu operntem jenseitigen Aufgehens, ein Scherz, der ihn in eine Temperamentsvorlage hineinzieht, ein unterwürfiger Scherz, der doch ganz nach eigenem Gutdünken spielt, und ein verjüngter Jagdprogramm, der mit einem eigenartigen Mikroskopierens dem Rezipienten zusammen Druckfehler maniert, weil er den ausschließlich allwissenden Künstler in der Lage hat, ferner prägnante Abgrenzung, die mit Redensarten wie „Wer nicht barock, der frägt“, und „Wer ist die Rechner“ auf zeitgenössische Scherzhaftigkeit hinweist. Die Rezipienten sind, wie ich schon sagte, sehr empfindlich für die bei Herrn Halbe oder Bernhard Staan. Es ist nicht leicht, diese Rezipienten zu überzeugen, daß sie nicht nur ein Spielzeug sind, sondern auch ein Mensch. Die Rezipienten sind, wie ich schon sagte, sehr empfindlich für die bei Herrn Halbe oder Bernhard Staan. Es ist nicht leicht, diese Rezipienten zu überzeugen, daß sie nicht nur ein Spielzeug sind, sondern auch ein Mensch.

Das ist eben, wenn man es nur mit seinem künstlerischen Gewissen verzeihen konnte! Die gern Ihnen bei der Veranstaltung unter neuen Bühnenbedingungen beschließen sein als Dornröschen zwischen Künstler und Publikum — anstatt Ihnen immer wieder in die Augen fallen zu müssen. Aber Sie lassen mir keine Möglichkeit dazu.

Ich stelle keine überhöhten Forderungen. Warum kann man in dem kleinen Halberstadt den „Per Syn“ einstudieren? Und warum in Dessau einen Gajeneuber heranzubringen? Ziel es Ihnen nicht wie Schuppen von den Augen, als Waldemar Fürgens was am Sonntag vormittag ein wirklich zeitgemäßes Werk und ein höchst originelles „Jenseits“ vorstellte? Eine Dichtung voll tiefer, schwerer Gedanken, die mit den allerschrecklichsten Mitteln, mit nur zwei Personen, Mann und Frau, das Thema von Kain und der Geißel, der sich „Liebe“ nennt, abhandelt, aber ganz unerschrocken aus der Gewalttätigkeit heraustritt, mit dem dem Rezipienten ein Werk herauf, das ist nun freilich eine Aufgabe, die doppelt und dreimal so viele Proben erfordert, als Sie für Neuenjungen heranzubringen, und jenseitige Ideen der Sozialisten in Eigenie und Belandung — mehr noch: in jeder Stellung und Bewegung, freigelegte Sittlichkeit, ein Scherz und Freizeicherung bis ins Heine. Gewiß muß es eine Lust sein, mit so vielen Künstlern zu arbeiten wie Herr Schönborn und vor allem mit einer Frau, die so viel mehr als ein Werk herauf, dessen Bewegungen unvollständigen Wohlklang ausstrahlen! — aber ohne die lebende Hand eines Fürgens wäre diese merkwürdige Gesellschaft des Gedrucks, dieses reißende Aufgehen in den Abgründen des Dichters, nicht zu erreichen. Leider hatte man den perfekten Eindruck, daß das was Magdeburg heranzubringen: die lebendige Bühnenarbeit, die Begleitmusik, dieartige Erfahrungen heranzubringen. Wer ist drei Jenseits Namen hat denn die Harmonisierung zu überlassen verpasst??

Die gern hätte ich Ihnen, Herr Intendant, das bewundernde Lob gesprochen, das ich einem Fremden zuteilen muß! Aber dann haben Sie eben nicht „Kain“ geben, sondern Berzel, Gajeneuber, Bernhard Shaw, Josen. Wo bleibt der „Gajeneuber“? Wo der „Gajeneuber“? Wo Shakespeare? Ist es einer großen Bühne würdig, Hebbels „Maria Magdalena“ so ungeschicklich heranzubringen, wie Sie es am Wilhelm-Theater getan haben, als Intendanten mit der dritten Garnitur besetzt? Gibt es noch nichts von Hebbel? Nichts von Hebbel??

Geben Sie doch auf, daß man mit einem Theater leben kann. Ich würde mich lieber tun, als Ihre Vorstellungen nachschärfen zu empfehlen, was ich nicht tue. Es brauchen wir an die Gründung der Kammertheater zu denken.

Herrmann Sieber.  
Kammertheater. Vom Wilhelm-Theater hören wir auch nichts mehr, nämlich.  
Aber das Drama von Oswald Stauden, das am Sonnabend als fünfte Vorstellung im Jenseits zeitgenössischer Bühnenwerke gegeben wurde, kann man nur lang ziehen. „Hertha“ ist eine Ge- und Kinderoper. Ein ungeschickliches Vorwärtsgucken angehängt, heißt das Ganze ein langweiliges, aber leider nicht unvollständiges Gedicht. Das zu einzelnen nachzusprechen, würde mich heute nicht Platz lassen. Ja, loben war die Aufregung, die auf den ganzen Scherz der Damen Gai Böhm.

Sie Liedike-Stein und Charlotte Verlow ruhte. Sie waren jede an ihrem Platz alles Lobes wert. Edmund Kenele gab einen hallosten Mann zwischen zwei Frauen, und Ella Schäfer, Ginter von Coslern und Georg Schalkhus rundeten das Ganze ab.

Der „Mastenhall“ von Ferdi war bis auf eine fahrende Partie gut besetzt; für unsere Preiser-Lode war eine Deppauerin, Janni Kenele, eingesperrt, die eine tüchtige Leistung bot, wenn sie uns auch die einheimische Künstlerin nicht ersetzen konnte. Geffer und Jereczh glänzten in den italienischen Arien, deren Stil die beiden am besten von den hierigen Sängern beherrschten, und erstklassigerweise war auch Gemia Heidenreich vorzüglich bei Stimme und führte ihre arnautische Koloraturpartie sicher durch — man sieht also, wie viel an einer genügenden Vorbereitung liegt. Die ließ allerdings, was die Chöre betrifft, sehr zu wünschen übrig; da wurde auf ganze Strecken, z. B. am Anfang, munter „geäwommen“, und auch das Orchester hatte, namentlich in den Bläsern, empfindliche Unreinheiten zu verzeichnen. Der Zusammenhang zwischen oben und unten blieb nicht immer gewahrt; die italienischen Zeitmaße wurden bisweilen in deutschen Sinne verschleppt. Kurz: ein harmonischer Gesamteindruck kam nicht zustande. Das liegt natürlich wieder an dem alten Uebelstande, daß keine Zeit bleibt zu einer sorgfältigen Einstudierung. Man holt die alten Opern aus der Kumpelkammer, pustet den Staub herunter und denkt: nun wird's schon gehen. Es geht aber nicht. Hätte man halb so viel Mühe und Zeit wie auf den jeden „Meister Guido“ auf diese wertvolle Werkstücke verwendet, man hätte sich ein künstlerisches Verdienst erworben. An der Preisleistung merkt man es schon, wie unvorberichtet eine Oper heranzukommen: im Chor weiß kaum einer, wo er hinzutreten hat. Die Schuld ist nicht dem Spielleiter und auch nicht dem Kapellmeister beizumessen, sondern dem ganzen heillosen Rassenbetrieb, für den Sie verantwortlich sind, Herr Intendant!

### Konzert.

Der Toni Jordan-Freuenhof veranstaltete am Sonntag einen zeitgenössischen musikalischen Abend in der Stadtmusik. Dieser umfangreiche Abend wurde zum Teil durch das Programm gerechtfertigt, insofern als Kompositionen von Scharmenta, Strauß und Liszt gespielt wurden. Der andre Teil des Programms wurde durch Werke von Rindens auszufüllt, die den Magdeburger nicht unbekannt sind, wie Prof. Wille aus Dresden und Prof. Rindens aus Eisenach, auch wohl Bedeutung für das heilige Kunstleben gewinnen, wie Otto Holzmann. Die Programm-Nummern des Chors, der von Toni Jordan dirigiert wurde, zeigten dessen recht achtbare Technik. Die Kompositionen verlangten durchweg sehr viel musikalisches Können, denn der Chor war meist nicht leicht. Die Professorene Rille und Rindens zeigten sich jeder in seiner Eigenheit; Wille als jenseitigstehender, sorgfältiger Spieler, der Phrasen für Phrasen platt auf dem Cello ausgearbeitet hatte, und Rindens als Komponist einer gut empfindenden Cello-Sonate, die in ihren Teilen zwar durchaus nicht gleichwertig ist, die aber gewisse von Spannung und Erfindung gibt. Seine Sonate wurde überdies hier zum erstenmal gespielt. Man feierte Toni Jordan wie Wille und Rindens in angemessener Weise.



## Zwei Urteile.

Die deutschen Gerichte beweisen täglich aufs neue ihre „Sachlichkeit“. Sie urteilen immer noch wie zurzeit Wilhelm's, besonders bei politischen Prozessen „ohne“ Ansehen der Person. Das beweist am besten die Gegenüberstellung der beiden folgenden Urteile:

Professor Dr. Kahl, Mitglied der Deutschen Volkspartei, wurde 1920 in der Hitze des Wahlkampfes von dem unabhängigen Richter Kling beledigt. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. Das Gericht ging, wie die Nationalliberale Korrespondenz berichtet, über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und begründete sein Urteil damit, daß der Geheimrat Dr. Kahl ein reiches öffentliches Leben hinter sich habe, aber beleidigt worden sei, nur weil er zur Deutschen Volkspartei gehöre; die Ehre solcher Beleidigten müsse ein deutsches Gericht mehr schätzen als ein anderes Gut.

Der Preussische Innenminister Genosse Sebering, wurde von einem deutschnationalen Blatte beleidigt. Ein oberstes schiedsgericht verurteilte den deutschnationalen Beleidiger zu 250 Mark Geldstrafe. Die Geringfügigkeit des Urteils begründet das Gericht, nach der „Soz. Kor.“ damit, daß die Qualität der Minister nicht mehr so sei wie früher, heute könne jeder Handwerker Minister werden.

Des einen Ehre muß deshalb, weil er im öffentlichen Leben steht, besonders geschützt werden. Des andern Ehre aber, der gewiß nicht minder in der Öffentlichkeit steht, braucht nicht so kräftig geschützt zu werden. Warum? Sollte der Grund darin zu suchen sein, daß der eine ein deutsch-volksparteilicher Professor und der andere ein sozialdemokratischer Minister ist? Wir wollen das trotz der obigen Urteile und ihrer Begründung nicht behaupten; wir müßten sonst nicht nur von Klassenjustiz sprechen, und das allein kostet fünf Monate Gefängnis.

## Was plant die Reichsgewerkschaft?

Als gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Landesstelle der Reichsgewerkschaft stellt den Eisenbahnarbeitern einen vervielfältigten Fragebogen zu, der als „Erklärung“ bezeichnet wird und folgenden Wortlaut hat:

Unterschiedener erklärt hiermit, daß er bereit ist, vom 1. April 1922 ab in die Reichsgewerkschaft einzutreten, wenn auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft am 3. und 4. April die Errichtung einer besonderen Arbeiterkammer innerhalb der Reichsgewerkschaft beschlossen wird.

Die Erklärung enthält dann noch folgende Fragen: Vor- und Zuname, Dienst, Stellung, Dienststelle, Privatwohnung, „wo organisiert“.

Die Reichsgewerkschaft will also eine Arbeiterkammer errichten und hiermit den übrigen Eisenbahnverbänden Abbruch tun. Das wird zwar nicht gelingen; immerhin aber kennzeichnet der Fragebogen die Bestrebungen der durch den Streik kompromittierten Führer. Dieser behaupteten diese Führer stets, in eine Beamtenorganisation gehören nur Beamte. Wo bleibt da die Konsequenz?

## Pogromversuche.

Die Reichs bolschewisten werden aktiv. Sie versuchen sich in der Anzettlung von Unruhen. Es ist nicht das erstemal, daß in Berlin und andern Orten (München) jüdische aussehende Personen belästigt und mißhandelt wurden. Den Drahtziehern solcher „Demonstrationen“ ist es dabei weniger zu tun um jüdische Nasen, die ihnen nicht gefallen, als um die bestehende demokratische Republik.

Vorfälle, die sich am Sonntag in Berlin ereigneten, beweisen das nur zu deutlich. Die Berliner Gewerbetreibenden hatten zu einer Demonstration gegen die drückenden Steuern aufgerufen und viele Tausende hatten sich eingefunden. Die deutschnationalen sahen darin eine günstige Gelegenheit zur Propaganda und hatten ihren „Jugendbund“ mit den unheimlichen schwarzweißen Fahnen, Flugblättern usw. beordert. Es kam dann auch programmäßig zum Krakeel, die deutschnationalen Heidenjünglinge fühlten sich als Sieger und zogen großlos ab. Unterwegs prüften sie jeden Passanten auf seinen jüdischen Geruch und gaben ihrem Mißbehagen durch gründliches Verprügeln Ausdruck.

Ein Schupmann, der einzufahren versuchte, mußte in die Wache flüchten, die von dem Haufen belagert wurde. Dar-

auf wurden Verstärkungen herbeigeholt und als ein Beamter den Fahnenträger festnehmen wollte, wurde er niedergeböhlt, so daß er sich mit einigen Schreckschüssen Luft schaffen mußte. Nachdem eine Anzahl der Hauptkrakeeler festgenommen waren, gelang es der Schutzpolizei, die Menge zu zerstreuen.

„Nehmet den Anfang!“ muß allen Behörden zugerufen werden. Es darf kein Zweifel daran entstehen, daß in Deutschland kein Verständnis für periodisch sich wiederholende Judenpogrome besteht und noch viel weniger, wenn offensichtlich zu erkennen ist: der Jude wird geschlagen, die Republik ist gemeint.

## Englischer Landabrüstungs-vorschlag

Der gemischten Kommission des Völkerbundes liegt zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande ein Entwurf seines englischen Mitgliedes Lord Escher vor, der dazu bestimmt ist, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu Lande herbeizuführen. Dieser Entwurf soll im September der Vollversammlung des Völkerbundes unterbreitet werden. Dem Entwurf liegt der Gedanke zugrunde, für die Dauer von zehn Jahren ein System für die Landheere zu schaffen, das sich unter Einwirkung des Heeresbestandes, der Polizeiträfte und der Generalstäbe in den einzelnen europäischen Ländern auf einer Grundsatzbestimmung von 30 000 Mann aufbaut. Je nach Lage des einzelnen Landes wird bestimmt, wie viele solcher Einheiten von 30 000 Mann einem Land erlaubt sind. Die Höchstzahl ist das Sechsfache. Nach dem Plane von Lord Escher würden erhalten: Belgien zwei Einheiten, 60 000 Mann, die Tschechoslowakei drei Einheiten, 90 000 Mann, Dänemark zwei Einheiten, 60 000 Mann, Frankreich sechs Einheiten, 180 000 Mann, England drei Einheiten, 90 000 Mann, Griechenland drei Einheiten, 90 000 Mann, Italien vier Einheiten, 120 000 Mann, Südlawien, Holland, Rumänien und Spanien drei Einheiten, 90 000 Mann, Polen vier Einheiten, 120 000 Mann, Norwegen und die Schweiz zwei Einheiten, 60 000 Mann, Portugal eine Einheit, 30 000 Mann.

Von Deutschland wird nicht gesprochen. Die ganze Sache ist kaum mehr als der Plan eines Lords. Solange nicht die eigne finanzielle Not die Länder zur Abrüstung zwingt, solange mühen die schönsten Pläne nichts. Aber selbst wenn der Plan Wirklichkeit werden sollte, ist nicht viel geändert; denn auf die imperialistischen Interessen Frankreichs ist die größte Rücksicht genommen worden. Auch die 120 000 Mann Polens müssen wenigstens teilweise Frankreich gutgeschrieben werden. Wirkliche Abrüstung gibt es erst, wenn das französische Volk eingesehen hat, daß mit dem Säbeträfen kein Brot gemacht wird.

## Lenin will nach Genua.

Auf einem Kongreß der Metallarbeiter hat Lenin angekündigt, daß er hoffe, persönlich in Genua erscheinen zu können, um Lloyd George zu sagen, daß Rußland vor Drohungen sich nicht fürchte. Lenin rühmte aber nicht nur die Tüchtigkeit der Roten Armee in der Weise, wie man es von Wilhelm 2. gewohnt war, er rühmte auch die Vertragstüchtigkeit Rußlands im Vergleich mit den ausländischen Kapitalisten und wies mit Stolz auf die vielen Geschäftsverträge hin, die Rußland bereits mit allen möglichen Kapitalistengruppen abgeschlossen habe.

Einen bemerkenswerten Artikel in gleicher Richtung bringt das amtliche Organ der Sowjetregierung, die „Iswestija“, unter dem Titel „Jeder ist sich selbst der Nächste“. Nach einem Auszug handelt der Artikel von der eventuellen Anerkennung des Versailler Vertrags durch Rußland. Der Verfasser des Artikels ist der Ansicht, daß Sowjetrußland seine bisherige Haltung bei der Frage der Anerkennung des Friedensvertrags von Versailles ändern müsse. Sowjetrußland müsse jetzt in Genua mit den Siegermächten ein Uebereinkommen treffen und den Friedensvertrag von Versailles anerkennen. Durch diese Anerkennung würde nach den „Iswestija“ Sowjetrußland nur Nutzen ziehen, denn Deutschland würde dann verpflichtet sein, an Rußland 30 Milliarden Goldrubel zu zahlen.

Dieser Gedanke ist nicht neu. Der Beitritt Rußlands zu dem Versailler Ausbeuterkongreß dürfte für Deutschland eine noch schwerere finanzielle Belastung kaum bringen. Man kann natürlich noch mehr verlangen, aber zahlen wird es nicht einmal das können, was heute noch — ohne Rußland — die Entente von ihm verlangt. So gesehen, könnte es Deutschland nicht schaden, wenn noch einer mehr in den großen Topf langt, der von Deutschland gefüllt wird.

Die deutschen Kommunisten werden auch eine solche Wendung der russischen Politik verteidigen und versuchen, dem deutschen Proleten einzureden, daß die Anerkennung des Versailler Vertrags nichts weiter als den Ausfluß höchster sozialistischer Erkenntnis darstellt. Bis heute sind sie allerdings mit den deutschnationalen der Meinung, daß die Sozialdemokraten das deutsche Proletariat an die Enden verzerren haben, weil sie versuchen, durch Erfüllung die Unmöglichkeit des Diktats zu erweisen.

„Bielefeld, erleben wir es noch, die deutschen Kommunisten kämpfen zu sehen nicht mehr in einer Front mit den Chaubintisten Deutschlands, sondern mit jenen von Frankreich, die täglich nach neuen Sanktionen, nach neuen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland rufen.“

## Notizen.

**Der Schützmannsmord in Gleiwitz.** Die deutsche Note an die Interalliierte Kommission in Opatowitz in Sachen des französischen Soldaten ermordeten Gleiwitzer Wachmeisters Kienberg ist von der Interalliierten Kommission und ebenso vom Völkerbundesrat in ablehnendem Sinne beantwortet worden. Man stellte sich auf den Standpunkt, daß die Interalliierte Kommission allein verantwortlich sei für die Ermordung dieses Zwischenfalls, der der Justizbarkeit des Reiches nicht unterliege. Es seien bereits Vorbereitungen zu einer Entschädigung der Hinterbliebenen des Wachmeisters getroffen. Diese Entschädigung fallen die gleichen Instanzen, die Deutschland für die Petersdorfer Vorfälle verantwortlich machen, obwohl Petersdorf ebenso wie Gleiwitz nur der Le-Mond-Kommission untersteht.

**Nicht die richtigen.** In Steina am Rande wurden zwei Männer von der Polizei verhaftet, weil man annahm, daß einer davon zu den Erzbergermördern gehörte. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß es nicht die richtigen gewesen sind.

**Rücktritt des griechischen Kabinetts.** Aus Athen wird gemeldet, daß der griechische Ministerpräsident Gounaris in der Kammer die Vertrauensfrage stellte. In der Abstimmung wurden 155 Stimmen für und 162 gegen die Regierung abgegeben. Die Regierung wird daraufhin zurücktreten.

**England und die farbigen Truppen.** In einer Unterhausdebatte wurde angefragt, ob die englische Regierung für eine Erörterung der Frage nach Verwendung farbiger Truppen in Deutschland auf der Konferenz von Genoa sei und wenn nicht, ob sie nicht von sich aus Schritte zu unternehmen gedenke um einen Meinungsaustrausch mit den Alliierten über Erziehung durch europäische Truppen herbeizuführen. Chamberlain antwortete, daß Frankreich 18 000 Mann farbiger Besatzungstruppen im Rheinland unterhalte, diese Truppen seien keine Negere, denn sie beständen durchweg aus arabischen Eingeborenen Nordafrikas, die daher als Franzosen zu betrachten seien. Die Frage nach einer Erörterung der Verwendung farbiger Truppen in Genoa verneinte Chamberlain.

## Depeschen.

### Vom südafrikanischen Kampfe.

**Wb. London, 13. März.** Reuter meldet aus Johannesburg vom 11. März: Im Laufe des Tages haben erhebliche Kämpfe stattgefunden. Flugzeuge bewarnten die Abteilungen der Streitenden mit Bomben, wobei die Aufständischen schwere Verluste hatten.

**Wb. Johannesburg, 13. März.** Die Verluste bei den vorgestrigen Kämpfen werden auf 600 geschätzt, darunter 80 Tote. Das Schießen dauert in den Außenbezirken an. Die Lage wird von der Polizei als gebessert angesehen.

**Wb. London, 13. März.** Die jüngsten Neutermeldungen aus Johannesburg über die revolutionäre Bewegung im Randgebiet besagen, daß der Premierminister General Smuts in Johannesburg eingetroffen sei und sofort die Lage in die Hand genommen habe.

In der Nacht zum 12. März wurde ein kleinerer Angriff der Revolutionäre gegen Johannesburg zurückgeschlagen. Flugzeuge und Geschütze beschossen Fordsburg. Amtlich wird erklärt, daß die Regierung Herr der Lage sei. General Deventer und seine Truppen rücken auf der ganzen Front vor. Smuts erklärte in einer Unterredung mit Reuters Berichterstatter in Johannesburg, die Antwort auf den Ruf der Regierung sei wunderbar gewesen. Farmer und Leute aller politischen Richtungen hätten sich sofort gestellt und zusammengetan, um die rote Revolution im Randgebiet zu unterdrücken.

Ein in Pretoria herausgegebenes Communiqué besagt u. a.: Auf die Revolutionäre im Bezirk von Britton wurden bei Tagesanbruch 32 Bomben geworfen, die große Verluste verursachten. Zahlreiche Revolutionäre ergaben sich hierauf der Polizei. Die Eisenbahnbrücke zwischen Germiston und Pretoria wurde in die Luft gesprengt. Flugzeuge warfen Lebensmittel bei der von Streitenden belagerten Polizeitruppe ab.

Eine Abteilung schottischer Freiwilliger wurde von Streitenden überfallen, wobei 18 Soldaten getötet und 25 verwundet wurden. Die getöteten Verluste übersteigen die Zahl von 100 Tote n außer einer großen Zahl Verwundeter. (Siehe Leitartikel, Red.)

### Fabrik abgebrannt.

**Wb. Wismar, 13. März.** Die Norddeutschen Eisen- und Stahlgewerke sind abgebrannt. Die Brandursache ist unbekannt.

### 400 000 ausgesperrte Maschinenarbeiter.

**Wb. London, 13. März.** Den Blättern zufolge beträgt die Zahl der Arbeiter, die infolge der am Sonntag begonnenen Aussperrung in der Maschinenindustrie erwerbslos sind, 400 000.

### Bomben gegen die Straßenbahn.

**Wb. Piffa von, 13. März.** Hier wurden Bomben auf Straßenbahnwagen geworfen, die wegen des Straßenbahnerstreiks von Soldaten gefahren wurden.



# Das sind sie

die guten MASSARY-Ligaretten  
Massary-Classe 50,8 Caïd 60,8 Roal 70,8  
Urteilen Sie selbst!

**3 Hochschneider**  
**1 Sotenschneider**  
**1 Ausbesserungs-**  
**schneider** nur 1. Straße,  
Hofstr. 11, 1. Etage,  
Hofstr. 11, 1. Etage,  
Hofstr. 11, 1. Etage.

**Wasserlehrling**  
nach Otto Roskovits,  
Ratgeber, Günterbergstr. 5



**Lacke Firnis Farben**

**Lacke Firnis Farben**  
für alle Zwecke,  
preiswerte Qualitäts-  
fabrikate.  
**Magd'burg**  
**Olsenstedt, Str. 25**

**Fort**  
mit  
des  
**Wasserlehrling**

**Standesamts-Nachrichten.**  
Die Magdeburger Standesämter sind geöffnet: 1. An den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. 2. An den auf einen Wochentag fallenden Feiertagen von 10 bis 11 Uhr vormittags nur für Geburten und Sterbefälle.

**Mehrere Groß- und**  
**Wettenschneider**  
für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**H. Esders & Co.**  
Breitweg 45/47. 4514

**Sie hüten sich vor Schaden!**  
erhielt höchstpreis beim Verbraucher!  
**Gold-, Silber-Bruch** Jublé, Gebisse, Brillanten.  
höchster Tagespreis. W. Müller, Goldschmied,  
Magdeburg - Becken, Dorotheastr. 7, v. 11.

**Walthorius Hentong-Essenz**  
(Destillat) 12 Fl. Mk. 50. — b. 24 Fl. Mk. 100. — franco  
und inkl. Z. haben in Apotheken und Drogerien.  
Hersteller Laboratorium E. Walthor, Halle a. S., Trotha 128.

**Koski Kren**  
62-er-Zahl einreiben  
auf die Haut  
Brettelweg 158 in Halle a. S.

**Frühjahrs-Neuheiten in Damen-Konfektion**  
„Anstalt preiswert.“  
**Kuhno, Steinstraße 5, 1 Tr. r.**



Es liegt auf der Hand



dass das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz ein wunderlicher Trank für Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten, für Wöchnerinnen und stillende Mütter sein muss, wenn man berücksichtigt, dass obige Menge besten Gerstenmalzes, rund 3300 Gerstenkörner, dazu gehören, um ein halbes Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen.

4000 ärztliche Gutachten und Verordnungen innerhalb Jahresfrist weisen auch auf die ausgezeichnete Wirkung dieses Bieres hin. Köstritzer Schwarzbier sollte deshalb auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen.

Köstritzer Schwarzbier pro Flasche Mk. 3.— ist zu haben bei:

- Mahlow & Bichtemann, Olivestädter Straße 5, Fernsprecher 2583. M. Schmidtchen, Gustav-Adolf-Str. 24, Tel. 2502. G. Gerstung Nechtig, Prälatenstraße 32, Tel. 1089. W. Dräger, Herderstraße 41, Tel. 1355. K. Saekewitz Nechtig, Wallstraße 13, Tel. 2385. A. Herre Nechtig, Thiersstraße 4, Tel. 3350. Herm. Fellecke, Klosterkirchhof 1, Tel. 938. C. Jach, Burg, Bräderstr. 31, Tel. 513. W. Büchtemann, Burg, Grünstr. 17, Tel. 508. H. Siedentopf, Alleenweddingen, Tel. 440.

Wenn Deine AUGEN nicht recht sehen,



Mußt zu BRILLEN-SCHMIDT Du gehst!

Augen gläser müssen korrekt sitzen! Schlecht sitzende und unpassende Augen gläser führen bei längerem Gebrauch zu Störungen. Gewissenhafte Beratung in Augen gläser-Angelegenheiten und korrekte Anpassung bei Alb. Schmidt Optisches Institut 56 Breiteweg 56.

Weißer Kognakflaschen zu kaufen gesucht pro Stück 2.50 Mk.

Adolph Behrendt, St. Markstr. 11, Tel. 647-77.

Metropol-Theater Buchau, Feldstrasse 7.

Program ab Dienstag bis Donnerstag

Das Aflen-Doppel-Programm

Sidi Coco

Der große italienische Abenteuer-Sittenfilm in 2 Teilen

oder: Der Kuppel seiner eignen Frau.

1. Teil 2. Teil

Das Gold von Bondjareck Das rote Zimmer

Beide Teile werden zusammen gespielt

Ferner als Extra-Einlage

Max Günther

der beliebte Humorist und Scherzer.

ZENTRAL THEATER

Täglich 7 1/2 Uhr

Dichtertliebe

Musik v. Mendelssohn-Bartholdy

MONTEBUONO

ZENTRAL-THEATER RESTAURANT

Täglich 8 Uhr:

Das erste klassische März-Programm

Operntexte empfindlich, Vollstimme

Walhalla Lichtspiele

Dienstag bis einschl. Donnerstag Lupu Pick, Edith Poska Wilh. Diegelmann, Eugen Rex

Der verbotene Weg

ein Drama mit glücklichem Ausgang.

Außerdem:

Bräutigam auf Kredit

Glimpfpiel aus einer glücklicheren Zeit, frei nach Motiven von Gottfried Keller.

Freitag den 17. März: Der beste dramatische Singfilm

Der Spielmann

Spielzeit: Hochzeitsabend 6 bis 10 1/2 Uhr. Sonntags von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Hente! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute! Heute!

Ehe u. Hochzeit

Vortrag: Freiherr von Reitzenstein Karten bei Wolf & Ruthe und an der Abendkasse

Städt. Orchester

Das 3. Sinfoniekonzert (Abt. C) im Stadttheater

am Mittwoch den 15. März 1922 beginnt bereits um

5 1/2 Uhr abends

weil das Orchester nach Schluß des Konzerts in dem Balkon- und Presse-est mitwirkt.

Kammer-Lichtspiele

Heute und morgen die anderweitigste Spielfolge

Hella Moja

Erich Kaiser-Fiskl Emil Albes Kurt Seppmann Emil Geyer

Der schwarze Montag

Ein Schauspiel der Gegenwart von G. G. Geyer. — Photographie von Geyer. — Kostüme Robert Hecht.

Mig Gehr, Willi Kaiser-Fiskl, Alenore Pfeifer, Walter von Hübner, Rita Leo, Leo, Wolfgang von Schmidt, Hedwig Gammis, Jakob Peterhans

Eine Weile mit Kanakeln

Comedienstück von G. G. Geyer. — Photographie von Geyer. — Kostüme Robert Hecht.

Der nach dem Scherz bei Schindlers

Scherzstück von G. G. Geyer. — Photographie von Geyer. — Kostüme Robert Hecht.

Der schwarze Montag

Ein Schauspiel der Gegenwart von G. G. Geyer. — Photographie von Geyer. — Kostüme Robert Hecht.

Mig Gehr, Willi Kaiser-Fiskl, Alenore Pfeifer, Walter von Hübner, Rita Leo, Leo, Wolfgang von Schmidt, Hedwig Gammis, Jakob Peterhans

Eine Weile mit Kanakeln

Comedienstück von G. G. Geyer. — Photographie von Geyer. — Kostüme Robert Hecht.

Am Mittwoch den 15. März trifft ein 1 Waggon grüne Heringe

(blutfrisch)

En gros-Verkauf auf dem Sigtaw-Bahnhof u. im Lager Stephansbrücke 23 von 8—11 Uhr. Kleinverkauf, das Pfund 6 Mk., an meinem Stand Alter Markt am Rathaus in der Jakobstraße u. in meinem Laden Stephansbrücke 23 (Ecke Petersberg). Tel. 5683. Es ist Gelegenheit, in Anbetracht der teuren Fleischpreise Heringe einzukaufen.

Hochachtungsb

Albert Meißner, Lebensmittelhaus Stephansbrücke 23.

ZL ZL ZL

Zirkus-Lichtspiele.

Bis einschließlich Donnerstag

Der atemberaubend spannende hervorragende Großfilm

Der Eisenbahnkönig

1. Teil: Mensch u. Mammon!

2. Teil: Gouverner der Tod!

Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 9 Uhr

Abend-Vorstellung 8.30 Uhr.

ZL ZL ZL ZL

Thalia-Lichtspiele

Bortheimstraße 23, Buckau, Bortheimstraße

Mit großem Eifer und unermüdlichem Fleiß hat die Filmindustrie in neuerer Zeit gearbeitet und auf diesem Gebiet Erstaunliches geleistet. Im Konkurrenzkampf um die Gunst des Kinobesuchers haben wir weder Mühe noch Kosten gescheut, um den epochemachenden Fortschritt der Kinotechnik in unsern Theatern zu bringen. Unser neuer Vorführungsapparat zaubert Bilder auf die Leinwand, welche an Größe und Klarheit nicht zu unterschätzen sind. Alle die jetzt vorhandenen technischen Mängel sind nunmehr behoben und kann der Besuch des Theaters aufs wärmste empfohlen werden.

Dienstag bis Donnerstag

Der Roman eines Dienstmädchens

Ein Stoffstück aus der Großstadt von heute.

Hauptrollen: Reinhold Schünzel

Erika Glässer, Liane Haid, Karl Maten, Marg. Kupfer, Olga Engel.

Das Werk unterscheidet sich von Filmen ähnlicher Tendenz durch die sehr geschmackvolle Bearbeitung des heitern Dramas und die von Hauptrollen des Scharfsinns zeugende sorgfältige und geschickte Regie Reinhold Schünzels. Die Rollen der Hauptdarsteller bergen für ein erstklassiges Werk.

Opfer der Liebe

Drama in 5 Akten. — Nach dem gleichnamigen Roman von S. Courtes-Nahler.

Helga Molander, Ilka Ills, Toni Tatzlaff.

Wo diese Geschichte gelesen wird, schließt sie den Leser in ihren Bann. Wo aber gar die lebende Anschauung hinzukommt, wo im lebenden Bilde sich eine solche Tragödie abbildet, da wirkt die Ergreifung über die Stunde hinaus.

Ia. Künstler-Kapelle.

6 1/2 Vorstellung 8 1/2

Die Filme konnten nur für 3 Tage für „Thalia“ verpflichtet werden, und da mit einem großen Zuschauers zu rechnen ist, ist es empfehlenswert, die erste Vorstellung zu besuchen.

Infolge der enormen Kosten erhöhte Preise! 565



Henko Henkel's Wasch-Bleich-Soda

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf



Prompt preiswert sachgemäß werden

Reparaturen

angeführt

Rudolf Hahn, Magdeburg

vom A. Rose Breiteweg 3a

Englisch gewaschene, lebhaft

sonne ruhige

Anzug- u. Mantelstoffe

(speziell reine Wolle)

Gegen Beschädigung erfolgt Zurückweisung

bis 4 Wochen

Verkaufszeit von 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr.

FRED

PELZ

MAGDEBURG Sipeperste 1

Schaffmölle

Strumpfweberei rautische

fort gegen prima Strümpfe

ganz und Stoffe.

Fritz Jürges

Edelweissstraße 7.

3. Haus vom Alten Markt.

Fürstenhof

Brandenburger

7 1/2 Uhr

Schiffspiel

De Biere

und des

übrigen Programms!

Ab 18. März

Wechsel der

Spezialität.

Vierjahreszeit

Blauer Grotte

Orchestrastr. 23.

Kar noch bis

Mittwoch

Nipp und Tapp

die unterrichten

Polizei u. Polizei

die unterrichten

Steptänzer

die unterrichten

übrigen Schläger.

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater

Städtische Theater



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 62.

Magdeburg, Dienstag den 14. März 1922.

33. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. März 1922.

### Der Metallarbeiterstreik beendet.

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Am Sonnabend den 11. März, nachmittags 3 Uhr, fanden unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Herrings Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern des Metallindustriellenverbandes Magdeburgs einerseits und den Vertretern der streikenden Arbeiter der Metallindustrie andererseits statt. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Auf die bestehenden Löhne der über 20 Jahre alten Zeit- und Schichtarbeiter sind folgende Lohnerhöhungen festgesetzt:

ab 1. Februar bis 28. Februar 1.50 M. pro Stunde.  
ab 1. März bis 14. März 0.75 " " "  
ab 15. März bis 31. März 0.95 " " "

Für Frauen 70 Prozent der vorstehenden Löhne.

Jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren  
ab 1. Februar bis 28. Februar 80 Pfg. pro Stunde.  
ab 1. März bis 14. März 20 " " "  
ab 15. März bis 31. März 30 " " "

Jugendliche Arbeiter von 18 bis 20 Jahren  
ab 1. Februar bis 28. Februar 1.10 M. pro Stunde.  
ab 1. März bis 14. März 0.35 " " "  
ab 15. März bis 31. März 0.50 " " "

Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr:  
ab 1. Februar bis 28. Februar pro Stunde 0.35 M.  
ab 1. März bis 31. März " " 0.35 " " "

Lehrlinge im dritten und vierten Lehrjahr:  
ab 1. Februar bis 28. Februar pro Stunde 0.40 M.  
ab 1. März bis 31. März " " 0.40 " " "

Monteure. Die Ausübungslöhne der Monteure betragen ab 1. bis 28. Februar werktags 50 M., Sonntags 52 M., ab 1. bis 31. März werktags 57 M., Sonntags 60 M.

Das Ergebnis wurde heute vormittag den streikenden Arbeitern der Metallindustrie in drei großen Streikversammlungen unterbreitet. Durch geheime Abstimmung hatten sich die streikenden Mitglieder der Organisation für Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses zu entscheiden.

### Arbeitsaufnahme am Dienstag.

Für Annahme der Vereinbarung, damit für Aufnahme der Arbeit stimmten vom Metallarbeiter-Verband 3643, dagegen 4588. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit für Weiterführung des Streikes fehlt also. Die Arbeit wird morgen früh aufgenommen.

Die Abstimmung in den andern beteiligten Organisationen ergab dieses Resultat: Maschinen- und Geizer 70 Prozent für Annahme des Schiedsprüchs, 30 Prozent dagegen; Siroch-Duncker 870 dafür, 201 dagegen; Christliche 324 dafür, 267 dagegen; Kupferschmiede 36 dafür, 21 dagegen, andre Organisationen 51 dafür, 51 dagegen.

### Ein Zwischenspiel.

Bewerberinnen als „Hühner des Schlachthofes“ wollen die „Gefellen“, die sich hier als Verband nationaler Arbeiter aufgeben haben, im Ansehung an den beendeten Kampf der Metallarbeiter noch etwas erben. Zu diesem Zwecke beabsichtigen die Maschinenarbeiter M. S. in der „Magdeburger Zeitung“ eine Zuschrift, die sich mit dem Streik beschäftigt. Wenn M. die Verschlechterung der Lage aller Arbeiter auf die „Erfüllungslosigkeit“ zurückführt, so rennt er damit offene Türen ein. Jedes Kind weiß, wie uns die Reparationen belästigen. Nur sollte der sehr schätzbare Herr M. doch auch sagen, wie er es sich denkt, diesen Reizen zu entgehen. Will er einen neuen „frisch-fröhlichen“ Krieg nach dem Vorbilde des Weltkriegs? Will er eine glatte Verweigerung der Zahlungen und damit die Befehle weitem wichtigen Reichsgebietes? Weiß er nicht, daß ein neuer Krieg unmöglich, daß die Bezahlung etwa des Ruhrgebietes und die neue Wiederherstellung durch England das gesamte arbeitende Volk in neues gar nicht abzuwendendes Geld stürzen muß? Und weiß er nicht, daß das „Schanddokument von Versailles“ unterzeichnet werden muß, um damals schon diesen fürchterlichen Folgen zu entgehen? Weiß er das alles nicht, ist Möbius, wie man hierzulande sagt, ein „Quackquack“, der von Dingen schreibt, von denen er aber auch gar nichts versteht? Weiß er es aber, hat er schon einmal über alle Ursachen und Folgen nachgedacht, so ist er ein politischer Paparazzi, der ein Volk in Abenteuer treiben will, trotzdem er das fürchterliche Ende voraussehen muß. Wir überlassen Herrn M. die Wahl!

Was er vom schwindenden Ansehen der Gewerkschaften schreibt, ist gelinde gesagt — Wohl. Wir halten demgegenüber nur die eine Tatsache, daß die selben Gewerkschaften heute annähernd neun Millionen Mitglieder zählen, gegen etwa drei Millionen vor dem Krieg, und daß die selben unter Möbius fast ausgerottet sind. Ganz wird das freilich nie gelingen, denn Wagnis sind gewissermaßen unsterblich.

Darum ist es mehr als lächerlich, wenn M. behauptet, die Gewerkschaften müßten streiken, um den Unzufriedenen in ihren Reihen zu zeigen, daß etwas getan wird. Kompletter Unfug ist es auch, zu schreiben, die Gewerkschaften streikten, um ihre Klassen zu füllen. Wir haben noch keinen Streik gesehen, der dieses Ergebnis hatte. Ueber das angeblich den Arbeitern verweigerte Angebot der Unternehmer hat sich die Organisation schon geäußert. M. mag das nachlesen.

Serne Zahlen über die Abstimmung sind Phantaziffern. Nicht 27 000 Arbeiter fanden im Streik sondern 18 600 Mann. Dabon haben sich 16 600 an der Abstimmung beteiligt, es waren also nicht 10 400 von der Abstimmung ausgeschlossen. Bei 14 000 Zahlungen war also die Zweidrittelmehrheit für den Streik reichlich. Ebenso unzutreffend sind die Angaben des M. über die „Hühner-Differenz“ vom vorletzten Streik und die daran geknüpften Berechnungen. Herr M. hat sich also ganz umsonst bemüht, wenn er glaubt, Nichtwissen und Uneingigkeit in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen. Wenn er aber für politische Unzurechnungsfähige und in gewerkschaftlichen Dingen ganz Unkundige geschwätzt hat, so bewundern wir ihn um seine beispiellose Bescheidenheit. Es muß politisch um die Sache der gelben Nationalen gehen, wenn sie ihre Gefolgschaft aus den geistig Unzurechnungsfähigen mit solchen Mitteln zusammenzutreiben müssen.

— Sozialdemokratischer Verein. Morgen Dienstag findet eine sehr wichtige Mitgliederversammlung aller Bezirke statt. Reichstagsabgeordneter Silberbach spricht über das Reichsmietengesetz. Er hat an den Vorbereitungen des Gesetzes teilgenommen und ist dadurch genauer Kenner des ganzen Gesetzes. Er wird uns in seinem Vortrage genaue Aufklärung geben können. Das Gesetz gibt uns Rechte und Pflichten. Die Kennenlernen ist Pflicht jedes Mitglieds, vor allem sollen die Frauen an der Versammlung teilnehmen. Deshalb, kommt in die Versammlung!

## Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag den 14. März, abends 7 1/2 Uhr

## Mitglieder - Versammlung

aller Bezirke im „Hohenzollernpark“, Editharing

Reichstagsabgeordneter H. Silberbach

spricht über

## Das Reichsmietengesetz

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Fractionsführung findet wegen vorhergehender Versammlung nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch den 15. März, abends 6 Uhr statt.

— Sozialdemokratischer Verein. Am 10. März fand die Mitglieder-Versammlung des Bezirks Salze statt, zu der leider der Referent nicht erschienen war. Das Andenken des verstorbenen Genossen Gustav Baumann ehrten die Genossen in der üblichen Form. Der Vorsitzende sprach über das Steuerkompromiß, das in Wirklichkeit eine Folgeerscheinung des Mittels von Versailles ist. Die Entente zwingt uns, Mittel zur Erfüllung des Vertrags aufzubringen. Danach entspann sich eine rege Debatte über die Betriebsräte. Sie sind immer noch vielen Angriffen unzufriedener und nicht genügend unterrichteter Arbeitkollegen ausgesetzt. Die Majorität soll nach Möglichkeit im Verein mit den linksstehenden Parteien abgehalten werden. Zu den kommenden Elternrats-Wahlen soll in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden. Der Vorsitzende ersuchte alle Genossen in dieser Versammlung zu erscheinen.

— Achtung, Betriebsräte! Die Textausgabe des Betriebsrätegesetzes mit Erläuterungen von Platom (Kommentar zum Betriebsrätegesetz) ist erschienen. Es war uns möglich, noch einige hundert Stück der Ausgabe von 1920, gebunden, zu beschaffen. Die wir zum Vorzugspreis von 10 Mark (Bodenpreis 20 M.) abgeben. Suchhandlung Volksstimme.

— Im Verbandsrat für Arbeitertochter sprach Ge. Hoffmann über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Redner zeigte, wie nach einer verhältnismäßig großen Ausbreitung dieser Volkskrankheit seit 1875 ein Rückgang zu beobachten gewesen sei. Durch die Kriegsjahre haben die Geschlechtskrankheiten aber wieder einen bedrohlichen Umfang angenommen. Im Kampfe gegen diese Seuche ist neben der Wissenschaft die Aufklärung ein wesentlicher Faktor. Verhütung ist besser als Heilung, deshalb ist vor allem eine andre Erziehung unserer Jugend notwendig. Schon dem Kinde muß auf seine ersten Fragen nach seinem Ursprung die Wahrheit gesagt werden. In das Kinderherz soll man frühzeitig die Ehrfurcht vor dem Geheimnis des Menschenwerdens hineinspflanzen. Die heranwachsende Jugend muß immer wieder auf die Gefahren des Sexuallebens hingewiesen werden. In der Aussprache beschäftigte man sich mit der Bekämpfung der Prostitution. Unre Stadtverordnetenfraktion soll veranlaßt werden, einen Antrag einzubringen, in dem kommunale Pflegedämmerstätten für Geschlechtskranke und Krankheitsbehandlung gefordert werden. Gleichzeitig damit müßte die Schließung der Bordelle und die Aufhebung der Sittenpolizei in die Wege geleitet werden, wie es in andern Großstädten schon geschehen ist. Die Beschäftigung des städtischen Verordnungsorgans, zu der die Genehmigung des Magistralrats vorliegt, soll nach 14 Tagen stattfinden.

— Erhöhung des Gas- und Wasserpreises. Die weitere Verteuerung der Steinkohlen sowie die Erhöhung der Frachten und Löhne ab 1. März bedingt eine Erhöhung des Gaspreises auf 3.70 Mark, der Wasserpreis wird für 1 Kubikmeter auf 1.25 Mark erhöht. Die Erhöhung tritt mit dem jetzt beginnenden Abrechnungszeitraum in Kraft.

— Verschärfte Kontrolle der Polizeistunde. Seit einiger Zeit wird von den mit der Kontrolle beauftragten Polizeiorganen auf strengere Einhaltung der Polizeistunde hingewirkt. Die Behörde sah sich infolge der häufigen Verstöße veranlaßt, von ihrer loyalen Handhabung der Kontrolle Abstand zu nehmen, da viele Sachverständige über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzten. Um an zahlreichen Verstößen Einhalt zu gebieten, geht die Polizei mit den schärfsten Maßnahmen vor und jetzt eventuell eine frühere Polizeistunde fest. In einem solchen Falle wurden auch die Anwesenden in Mitleidenschaft gezogen. Nach Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten erklärte sich dieser bereit, die verhängte frühere Polizeistunde zu mildern oder ganz aufzuheben, weil die Gärtnerei-Angestellten sich verpflichteten, die Arbeit nach Eintritt der Polizeistunde einzustellen. Nachteile haben die Angestellten nicht zu fürchten, weil Angelegenheiten von dem Unternehmer nicht verlangt werden dürfen und in solchen Fällen von der Behörde weitgehender Schutz gewährt wird.

— Verbesserung der Straßenbeleuchtung. Von der 7760 Gasflammen der öffentlichen Beleuchtung brennen zurzeit nur 800. Die wirtschaftliche Lage und der Kohlenmangel zwingen zu dieser wesentlichen Einschränkung, die jedoch keineswegs Dauerzustand werden kann. Die heute brennenden 800 Laternen dienen nur als Richtlaternen, trotzdem konnten noch nicht alle wichtigen Straßenenden mit Laternen versehen werden. Auch einzelne Hauptstraßenzüge fordern dringend eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung, ebenso müssen für die Außenbezirke weitere Straßenlaternen in Benutzung genommen werden. Die Verwaltung will weitere 200 Gaslaternen im Laufe der nächsten Monate in Betrieb nehmen. Mehrkosten an Bedienung entstehen nicht, da die vorhandenen Kräfte auch für die jetzt beabsichtigte Verneuerung der Laternen ausreichen. Die Einrichtungskosten sind gering, da Laternen und Fernzündvorrichtungen vorhanden sind. Die Mehrkosten für den Gasverbrauch werden, soweit noch das laufende Geschäftsjahr 1921 in Betracht kommt, schätzungsweise 15 000 Mark betragen. Diese Vorlage wird am Donnerstag in der Stadtkonferenz beraten werden.

— Städtischer Orchester. Das 3. Sinfoniekonzert beginnt am Mittwoch den 15. März bereits um 5 1/2 Uhr abends.

— Reichstagspräsident Paul Löbe spricht in einer öffentlichen Versammlung am Sonnabend den 18. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der neuen Viktoriastraße, über das Thema Die Jungen in der Republik. Die Versammlung wird veranstaltet von der Gruppe der Jungsozialisten im Sozialdemokratischen Verein. Die jungen Genossen müssen in großer Zahl erscheinen. Karten sind in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

— Die Lage und Zukunft der Behörden-Angestellten lautet das Thema, über das am Mittwoch den 15. März, abends 7 Uhr, der Vertreter der Behörden-Angestellten, Otto Hauschertz (Berlin), sprechen wird.

— Laßt der Natur ihren Schmuck! Wenn uns der Kalender nicht sagen würde, daß wir mit vollen Segeln dem Frühling entgegenfuhren, dann hätten es leider viele von den Menschen bewiesen, die am Sonntag zu Fuß oder per Rad vom ersten Ausflug aus der wiedereingewachsenen Natur heimkehrten und die ersten Produkte des Frühlings, die sprossenden Zweige der Nordweiden blümelweise im Arm trugen. Unter den Hunderten von Radfahrern, die am Spätnachmittag auf der Heimfahrt die Köpfe über die Büsche hielten, hatte jeder dritte ein Bündel frischgeernteter Maikäfer als „Frühlingstrophäe“ an der Westtasche befestigt. Es scheint, als wenn die Luste des Abnehmens von Freunden und sprossenden Sträuchern von Jahr zu Jahr zunimmt. Die Frühlingstrophäen sind doch am schönsten unter freiem Himmel. Man sollte sie dort lassen.

— Rauchverbot in Nichtraucherabteilen. Immer wieder werden Beschwerden von Reisenden über Zuwiderhandlungen gegen das Rauchverbot in Nichtraucher- und Frauenabteilen sowie in den Seitengängen der D-Zug-Wagen (Nichtraucherwagen und Kurzwagen mit Nichtraucher- und Raucherabteilen) und der Schlafwagen haben die Eisenbahndirektion veranlaßt, die Bediensteten erneut streng anzuweisen, gegen solche Ordnungswidrigkeiten in jedem Falle einzuschreiten. Verstöße gegen das Rauchverbot werden künftig allgemein mit hohen Bahnstrafen bestraft; auch können die betreffenden Reisenden in besonders schweren Fällen von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden. Auch kann darf nicht geraucht werden, wenn die Mitreisenden ihre Zustimmung gegeben haben.

— Schülerferienkarten. Demnächst werden Schülerferienkarten von halber Fahrpreis in der 3. und 4. Wagenklasse eingeführt. Diese Karten werden an Studierenden und Schülern bei Beginn und Ende der Ferien zur Fahrt zwischen Universität oder Schullort und dem Wohnort der Eltern oder Erzieher ausgegeben. Die Fahrpreisermäßigung soll auf Grund eines für jede Fahrt vom Schulleiter beschleunigten Antrags nach Vordruck gewährt werden. Die auf Schülerferienkarten fahrenden Reisenden müssen außerdem einen behördlichen Personalausweis mit Lichtbild bei sich führen. Damit die Studierenden von der Vergrößerung schon für die jetzigen Ferien Gebrauch machen können, ist für den Bereich der deutschen Reichsbahnen angeordnet worden, daß den deutschen ordentlichen Studierenden der im Reichsbahn-Personentarif, Teil II, Seite 8, aufgeführten Anhalten zu diesen Fahrten schon jetzt einfache Fahrkarten 3. oder 4. Klasse zum halben Fahrpreis lediglich gegen eine vorgeschriebene Bescheinigung der Universität oder Hochschule verabsichtigt werden. Zur Ausführung der Reisen nach Magdeburg der in der Bescheinigung aufgeführten Reisetage ist ein Spielraum von 3 Tagen zugelassen.

— In der Freibank am Schlachthof wird auf folgende Nummern Fleisch verabsichtigt: am Mittwoch den 15. März, vormittags 9 bis 11 Uhr Nr. 951—1000, nachmittags 3 bis 5 Uhr Nr. 1001—1050; am Donnerstag den 16. März, vormittags 9 bis 11 Uhr Nr. 1051—1100, nachmittags 3 bis 5 Uhr Nr. 1101—1150.

— Nichtpreise für Ziegelsteingewinn werden bis auf weiteres im Gebiete des preussischen Staates nicht mehr festgesetzt. An der bisherigen Verteilung der Ziegelsteine durch die staatliche Magdeburger (für die Ziegelsteine der Provinz Sachsen und des Reichslands Anhalt) wird, soweit es sich um Steintöfeln (Steintohlengrus) oder um Zirkel (Zirkelsteine) handelt, jedoch nichts geändert. Ebenso bleiben die den Bezirkswohnungs-Kommissionen zur Behebung der dringenden Wohnungsnot zuzustehenden Befugnisse und die zur Verfolgung der für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbaue erforderlichen Bauhohe unberührt.

— Nur im Unterrod. Betrügereien in fünf Fällen hat sich die unter Sittenkontrolle stehende Dienstadt (19 Jahre) ausgedehnt lassen, die sie vor das Schöffengericht führten. Sie verband es, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Kleider, Lebensmittel, Badwaren und ein Porzett zu erschwindeln. Da die jugendliche Betrügerin geständig war, kam sie mit 2 Monaten Gefängnis davon. Nach Verkündung des Urteils spielte sich im Gerichtssaal eine eigenartige Szene ab. Ein junges Mädchen, das als Zeuge vernommen war, verlangte von der Angeklagten ihr Kleid zurück, mit dem sie auf der Anklagebank saß. Die Zeugin meinte, die Angeklagte möge im Unterrod ins Gefängnis gehen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden einigte man sich darauf, daß die Zeugin ihr Kleid im Gerichtsgelängnis in Empfang nehmen soll.

— Keine Hege gegen uneheliche Mütter mehr. Im Hauptauschuß des Reichstags wurde gestern ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag angenommen. Unre Leser erinnern sich, daß wir immer wieder die Sittlichkeitsmaßregeln anprangern mußten, die bei der Post, aber auch bei andern Behörden, gegen uneheliche Mütter getroffen wird. Gestern wurde nun im Hauptauschuß eine Entschließung der Frau Büßler (Sag.) angenommen, wonach für weibliche Beamte und Hilfskräfte die uneheliche Mutter nicht Grund zur Entlassung oder zur Anrechnung eines Disziplinarverfahrens sein kann, auch die Beförderung einer Hilfskraft zur Beamtin aus diesem Grunde nicht abgelehnt werden darf. Öffentlich reicht dieser Beschluß aus, um den männlichen und weiblichen Sittlichkeitskanten ihr Handwerk endgültig zu legen.

— Der Heiler des Domräubers. In Burg wurde in der Materialwarenhandlung H. H. die gelobte Wohnung, die auch den Domrüber Werner beherbergte, Hausjuchung abgehoben. Nach eingehender Durchsichtung wurde ein großes 5 Meter langes, von einer Alarbede herrührendes Stück Seiden, ein 1/4 x 3/4 Meter langer weißer Alarläufer mit Kurbelbedruck, eine kleine Kuchende mit dem eingestrichelten Wort „Dom“ und mehrere Stücke frischrotten Samt, von einer Decke herrührend, vorgefunden. Objekte wurde festgenommen und nach Magdeburg übergeführt.

— Wieder ein Diebstahl von Telegraphendraht. In der Nacht vom 5. zum 6. März 1922 ist der Betrieb von drei wichtigen Reichstelegraphenleitungen dadurch gestört worden, daß aus der an dem Feldwege von Osterweddingen nach Angermünde in der verlaufenden Fernsprechkurve zwischen den Stangen 20 und 22 etwa 13 kg 1.5 mm harter Bronzebraht herausgeschliffen und entwendet worden ist. Eine am Tatort aufgefundenen Zigarettenhülle, die u. U. zur Überführung der Täter führen könnte, befindet sich in unseren Händen. Auf die Ermittlung des Täters wird eine Belohnung von 500 Mark und, sofern es sich um eine Diebstahlsbande handelt, eine solche von 1000 Mark ausgesetzt.

— Lebensmüde. Am Sonnabend abend schoß sich der Leptmann Arthur Sch. eine Kugel in den Kopf. Während des Transports nach dem Krankenhaus verstarb der Lebensmüde.







Magdeburg, Dienstag den 14. März 1932.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 13. März. (Volksgefängnis.) Schon bei vielen Veranlassungen der Arbeiterklasse hat der Sängerkorps Burg durch seine guten Leistungen Anerkennung erlangt. Sein Wiederbeginn am Freitag überzeugte die Besucher, daß die vereinigten Arbeiterlieder den grauen Alltag durch das schlichte Volkslied verbessern können.

Gernisch, 10. März. (Volksparteiliche Märchen.) In sehr mäßig besetzter Saale versuchte der volksparteiliche Parteisekretär Permaf aus Magdeburg etwas Stimmung für die Stimmepartei zu machen. Er stellte sie als die Vertreterin des Mittelstandes und der Arbeiterklasse dar.

Spothenwarte, 10. März. (In einer Parteiverammlung.) In sehr mäßig besetzter Saale versuchte der volksparteiliche Parteisekretär Permaf aus Magdeburg etwas Stimmung für die Stimmepartei zu machen.

Gommern, 13. März. (Eine Mieterversammlung.) findet am 16. März, abends 8 Uhr, im Schützenhause statt. Die diesjährige Ende voriger Woche stahlen Diebe von der Heilstraße Wegelagerung 15 Zentner Kartoffeln.

Der Sportverein haben nach einem geeigneten Platz Umschau gehalten. Man dachte erst an die Stelle gegenüber dem Hospital, aber dieser Platz ist zu sandig und locker.

Rehlich, 13. März. (Arbeitgeberwille.) Einen harten Kampf führte bei den Tarifverhandlungen in diesem Jahre der Deutsche Landarbeiterverband mit den Arbeitgebern um die Arbeitszeit.

Eisenborn, 13. März. (Eine Parteiverammlung.) findet am Mittwoch den 15. März, abends 8 Uhr, im Parteilokal statt. Es wird ein Vortrag über „Kommunalpolitik“ gehalten.

Groß-Salze, 13. März. (Eingestelltes Verfahren.) Das wegen der Zusammenhänge bei der Fahnenweihe des „Stahlhelms“ gegen Arbeiterführer eingeleitete Gerichtsverfahren ist jetzt endlich eingestellt worden.

Schönebeck, 13. März. (Eine große Funktionärsversammlung.) sämtlicher Betriebsräte, Elternbeiräte und Funktionäre

beider sozialistischer Parteien findet am Dienstag abends 8 Uhr im „Stadtspark“ Salzer Straße, statt. Es soll nochmals Stellung zur Einführung der weltlichen Schule genommen werden. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit ist vollständiges Erscheinen sämtlicher Parteifunktionäre notwendig.

Unterbezirk Staßfurt-Mischerleben.

Staßfurt, 13. März. (Einschweres Unglück.) ereignete sich am Freitag an der Ueberführung über die Bernburger Straße in Leopoldshall. Die Seilbahn, die die alten Fabrikanlagen am Senkungsgebiet mit den vereinigten chemischen Fabriken verbindet, ist vor einiger Zeit an die Firma Stoff u. Lag auf Abbruch verkauft worden.

Volksport

Turnen, Rasenspiele, Wassersport Radfahren, Athletik, Wandern

Turnen. Turnverein Fichte. Am Mittwoch den 15. März erfolgt die Eröffnung der Abteilung Turnen in der Turnhalle Bismarckstraße 29 abends 7 1/2 Uhr.

Fußball. Sportvereinigung v. S. 1913 I gegen Bürger Vereinigte Turner I (0:4 - 0:2; Eden 2:4). Magdeburger Sportvereinigung sollte sich im Spiel gegen die Vereinten Turner Burg eine weitere Niederlage.

Germania Burg I gegen Weißhof I (3:2 - 1:2; Eden 2:5). Auf dem Platz am Seebassin fanden sich obige Mannschaften im Serienpiel gegenüber. Mit Anstoß von Weißhof entwickelte sich ein gutes Spiel.

Eintracht Magdeburg I gegen S. f. B. I. (3:3 - 3:1 - Eden 5:1). Mit dem Anstoß von Eintracht begann ein flottes, offenes Spiel. Der Magdeburger nahm den Ball ab und zog vor dem Schiedsrichter.

Ballspielklub Budau I gegen Bürger Ballspielklub I (1:2; Eden 0:1). Auf dem Sportplatz in der Wernicke-Größe-Straße fanden sich am Freitag abends 8 Uhr die Mannschaften im Serienpiel gegenüber.

der Ball durch Hände und Beine voll, tohmt Burg zu einem billigen Fährdort. Trotz der zehn Mann hält Budau das Spiel bis Halbzeit gut offen.

S. f. B. II gegen Sportvereine II (3:3; 1:2). Das Spiel setzte in flotten Tempo ein. Beide Mannschaften waren flink am Ball.

Freie Turner Bismarck II gegen Sportfreunde II (1:5 - 1:1; Eden 2:1). Mit dem Anstoß von Bismarck beginnt ein sehr flottes, aber vollkommen gerahmtes Spiel.

Sportklub Burg IV gegen Sportfreunde VI. (1:6 - 1:2) Den Anfang machte ein flottes, faires Spiel. Beide Mannschaften spielten auf ihre Bedürfnisse.

Wandern. Die Naturfreunde. Am frühen Sonnenschein. Am Samstag der Naturfreunde. Am frühen Sonnenschein.

und da öffnet sich eine Hausflur. Altmans geht's in die frische, milde Frühlingluft über die Erde und dann auf dem Baum entlang.

Bogenschützen. Am 15. März findet im „Hoffäger“ die nächste Bogenschützen-Versammlung statt.

Spielevereinigung Leipzig gegen Fortuna (2:0; 1:0; Eden 8:5). Magdeburg hatte im Fußballspiel seinen großen Tag. Die Spielevereinigung Leipzig des Reiches Nordwestfalen hatte im ersten Spiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft gegen den Meister des Elbtreffes, Fortuna, anzutreten.

Sportklub Burg IV gegen Sportfreunde VI. (1:6 - 1:2) Den Anfang machte ein flottes, faires Spiel. Beide Mannschaften spielten auf ihre Bedürfnisse.

Wandern. Die Naturfreunde. Am frühen Sonnenschein. Am Samstag der Naturfreunde.



